

R. V. Staatseisenbahnen.

Unfallverhütungsvorschriften.

Seite 3.

Besondere
Unfallverhütungsvorschriften
für das Personal des
Bahnunterhaltungs- und Heubanddienstes
(BuNeubauAVV).

Musgegeben im September 1907.

München.

Druck: Verlagsanstalt Hermann, G. S. Hans, Buch- und Kunstdruckerei, H. G.

K. B. Staatseisenbahnen.

Anfallverhütungsvorschriften.

Heft B.

Besondere

Anfallverhütungsvorschriften

für das Personal des

Bahnunterhaltungs- und Heubanddienstes

(BaNeubauVV).

Ausgegeben im September 1907.

München.

Druck: Verlagsanstalt vorn. G. F. Wang, Buch- und Kunstdruckerei, N. 48.

Verteilungsplan.

Die Bauabteilung erhält:

1. beim Verkehrsministerium: die Abteilungsvorstände, Referenten, Hilfsreferenten, Hilfsarbeiter und sämtliche Beamte der Eisenbahn- und Bauabteilung sowie der GG und GR;
2. bei den Eisenbahndirektionen: der Präsident, die Referenten und Hilfsarbeiter sowie die sämtlichen Beamten und Unterbeamten der Bureau's;
3. bei den Agenten: der Antvorslund, die Referenten und Hilfsarbeiter sowie die sämtlichen Beamten und Unterbeamten;
4. bei den Inspektionen: jeder Beamte;
5. bei den Stationen: die Vorsteher und 1 Stück für das Getriebezimmer;
6. bei den übrigen äußeren Dienststellen: das gesamte Personal, das im Wohnunterhaltungs- und Neubaudienst verwendet wird;
7. die Anwärter für den höheren Dienst.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1. Arbeitszüge	3
2. Schneeräumungsarbeiten	3
3. Tunnelarbeiten	4
4. Schachtarbeiten und Sprengungen	5
5. Dacharbeiten	6
6. Befahren der Gleise mit Kleinwagen	7
7. Gleisunterhaltungs- und ähnliche Arbeiten	8

Verzeichnis der Anlagen.

- Anlage 1: Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen 10
- Anlage 2: Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei Tiefbauten beschäftigten Personen 25

Neben den Oberpolizeilichen Vorschriften Anlage 1. zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen und den Oberpolizeilichen Vorschriften Anlage 2. zum Schutze der bei Tiefbauten beschäftigten Personen gelten für die Bahnunterhaltungs- und Neubauarbeiter, dann für das Bahnbewachungspersonal folgende besondere Unfallverhütungsvorschriften.

§ 1. Arbeitszüge.

- (1) In Arbeitszügen dürfen die Arbeiter nur in den ihnen angewiesenen Wagen Platz nehmen. Während der Fahrt darf niemand im offenen Güterwagen aufrecht stehen oder auf die Bordwände sich setzen.
- (2) Arbeitszüge dürfen nur, wenn sie still stehen, und erst auf das vom Aufsichtführenden gegebene Zeichen bestiegen oder verlassen werden.
- (3) Auf zweigleisiger Strecke darf der Zug nur auf der den Gleisen abgewandten Seite verlassen werden; hienegen hat der Aufsichtführende die mit

fahrenden Personen rechtzeitig anzuweisen. Vor der Abfahrt hat der Aufschlußführende die Türen auf der Gleisseite abklopfen zu lassen.

(4) Soll ein Arbeitszug bei der Be- oder Entladung auf kurze Entfernung vorrücken, so müssen die auf den Wagen beschäftigten Personen auf das erste Pfeifensignal der Lokomotive oder des Aufschlußführenden sofort sich niedersetzen. Die Bordwände dürfen hierzu nicht benutzt werden.

(5) Besondere Achtsamkeit ist geboten, wenn während der Entladung auf der Strecke Zugbegegnungen stattfinden. Während der Vorbeifahrt des Zugs müssen die Türen auf der Gleisseite geschlossen gehalten werden.

(6) Während der Fahrt dürfen Gegenstände nicht abgeworfen werden.

§ 2. Schneeräumungsarbeiten.

(1) Macht der aufgestellte Posten durch ein Hornsignal oder auf andere Weise auf das Herannahen eines Zuges aufmerksam, so haben die Arbeiter sofort die Gleise auf kürzestem Wege tunlichst ohne Gleisüberschreitung zu verlassen. Erforderlichenfalls sind die Wägen in den Schneewänden zu benützen. Über deren Lage haben sich die Arbeiter zu unterrichten.

(2) Um die Signale und das Herannahen der Züge hören zu können, ist das Einklinken der Ohren auch bei Kälte tunlichst zu vermeiden.

§ 3. Tunnelarbeiten.

(1) Wer einen Tunnel betritt, muß über den Gang der Züge unterrichtet sein.

(2) Soweit tunlich, dürfen Tunnel nur in Zügen pausieren betreten werden und erst dann, wenn sich der Rauch verzogen hat. Ist der Tunnel nicht durch Tages- oder künstliches Licht ausreichend erleuchtet, so ist eine brennende Laterne, Lampe oder Fackel mitzuführen.

(3) Beim Herannahen eines Zuges ist sofort die nächste Mauerwinde aufzusuchen, wenn möglich, ohne Gleisüberschreitung. Kann eine Winde nicht mehr erreicht werden, so muß man sich dicht längs der Tunnelwandung niederlegen. Über die Lage der Wägen, die durch weißen Anstrich kenntlich gemacht sind, haben sich die Arbeiter vor Arbeitsbeginn zu unterrichten.

(4) Die Winde darf erst verlassen werden, wenn man sich überzeugt hat, daß auf dem Gleis kein Zug oder Fahrzeug sich nähert.

(5) Die Tunnelwinde müssen von Materialien und Geräten freigehalten werden.

(6) Bei Arbeiten im Tunnel müssen, sobald das Herannahen eines Zuges angekündigt oder zu erwarten ist, die Arbeitsgeräte und Materialien sofort so entfernt werden, daß sie die Durchfahrt nicht gefährden können.

(7) Die Arbeiter haben darauf zu achten, daß sie nicht durch abflüßende Eismassen verletzt werden.

(8) Sollten infolge zeitweiliger schlechter Wetterführung im Tunnel stärkere Rauchansammlungen auf-

treten, die das Atmen erschweren oder bei einzelnen Arbeitern Unbehagen hervorrufen, so ist die Arbeit sobald als thunlich zu unterbrechen und das Freie aufzusuchen.

Kann hiewegen das Gestein nicht mehr in sicherem Zustand gebracht werden, so ist zuvor für Aufstellung der vorgeschriebenen Haltesignale zu sorgen.

§ 4. Schachtarbeiten und Sprengungen.

(1) Bei Sprengarbeiten muß auf das verabredete Warnungszeichen hin jeder den ihm bestimmten sichereren Platz einnehmen, der eigenmächtig und vor dem Zeichen der Beendigung der Sprengungen nicht verlassen werden darf. Die Annäherung an den Sprengplatz ist erst dann gestattet, wenn durch den mit der Leitung der Sprengungen betrauten Beamten oder Arbeiter festgestellt ist, daß eine Gefahr nicht mehr besteht.

(2) Steckengebliebene Schiffe dürfen nicht ausgebaut, zu dem Besatz quarzige (sog. feuerreißende) Erdbarten nicht verwendet werden. Die Verwendung eiserner Ladefässer ist untersagt. In der Nähe von Pulver darf kein Feuer gemacht und nicht geraucht werden.

(3) Bei Arbeiten in Kies-, Lehm- und Sandgruben und bei Erbausichtungen dürfen die Wände nicht unterhöht werden. Ausschachtungen müssen — besonders vorsichtig im sogenannten Hohltes und Flußland — sorgfältig verbohrt werden.

(4) Bei Arbeiten in Gruben, Brunnenschächten, Rändern usw. ist vor dem Einsteigen die Luft in diesen mittels eines brennenden Lichtes auf etwa vorhandene

schädliche Gase zu untersuchen; nur dann darf in den Schacht eingestiegen werden, wenn das Licht an jeder, auch der tiefsten Stelle, mit heller Flamme brennt. Ist zu befürchten, daß in den Gruben und Schächten entzündbare Gase oder schädliche Aufgasmische vorhanden sind, so sind die Gruben zunächst zu lüften oder in anderer Weise (durch Eingießen von Wasser aus Gießkannen mit Draußen) von der schlechten Luft zu befreien. Kann ein sicherer Erfolg nicht abgewartet werden, oder ist Gefahr in Verzug, so darf das Besteigen solcher Gruben und Schächte erst dann erfolgen, wenn der Arbeiter durch ein um den Leib befestigtes starkes Seil sich dahin versichert hat, daß er im Falle der Not durch andere Personen in die Höhe gezogen werden kann. Nöthigenfalls ist zur Verhinderung dieser Personen eine Signalleine zu verwenden. Etwa notwendige Beleuchtung darf nur mit Sicherheitslampen erfolgen.

§ 5. Dacharbeiten.

(1) Arbeiten auf steilen Dächern sind stets von zwei Personen auszuführen, von welchen die eine von gesichertem Standpunkte aus Hilfe leistet. Der Arbeitende hat sich mit Gurt und Seil — womöglich an einem höheren Punkte des Gebäudes (Giebel- oder Dachreihen) — sicher zu befestigen.

(2) Stark geneigte sowie mit Reis bedeckte Dachflächen dürfen nur mit bloßen Füßen oder in Strümpfen oder Gamaschen betreten werden.

§ 6. Befahren der Gleise mit Kleinwagen.

(1) Das Befahren der Betriebsgleise mit Kleinwagen (Rollwagen, Draßfinen usw.) sowie das Einheben von Kleinwagen in ein solches Gleis darf nur unter Leitung eines zur Führung berechtigten Betriebsbeamten geschehen. Hierbei sind die Bestimmungen in den §§ 98 bis 105 FB genau zu beachten.

(2) Bedienen Arbeiter die Brems- oder Triebkarbel eines Kleinwagens, so müssen sie anschließende, zugehörigste Kleidung tragen.

(3) Sind die Kleinwagen nicht mit Einrichtungen versehen, die das Herabstürzen bei plötzlichen Anhalten verhindern, so dürfen auf ihnen weder Führer noch Arbeiter Platz nehmen.

(4) Es ist verboten, vor einem in Bewegung befindlichen Kleinwagen herzugehen, den Kleinwagen durch Stoßen mit Stöcken oder durch Aufspannen eines Seegels fortzubewegen oder ihn, im Gleis gehend oder stehend, der Fahrrichtung entgegen aufzuhalten.

§ 7. Gleisunterhaltungs- und ähnliche Arbeiten.

(1) Die den Arbeitern angewiesenen Sammelpunkte zum Beginn und Verlassen der Arbeit und die nach diesen Punkten zu benutzenden Wege sind genau einzuhalten.

(2) Bei den Gleis- und Bettungsunterhaltungsarbeiten zweigleisiger Strecken hat sich der Arbeiter mit dem Gefächte zunächst der Fahrrichtung entgegen zu wenden.

(3) Bei der Annäherung von Zügen oder Fahrzeugen müssen die Werkzeuge und sonstigen Gegenstände rechtzeitig so weit aus dem lichten Raum des befahrenen Gleises entfernt werden, daß kein Fahrzeug anstreifen kann. Arbeiter, die sich nahe am befahrenen Gleis befinden, dürfen während der Vorbeifahrt der Fahrzeuge keine Werkzeuge in der Hand behalten.

(4) Auf Gerüsten und Brücken ohne Geländer ist darauf zu achten, daß man nicht durch eine plötzliche Bewegung sich selbst oder den Nebenmann zum Abstürzen bringt.

(5) Bei Arbeiten an Weichen, die von einem Stellwerke aus bedient werden, ist das Umstellen durch Einlegen von Keilen zwischen Zunge und Backenschiene unmöglich zu machen.

Beginn und Beendigung von Arbeiten an Weichen und Signalen sind dem Stellvertwärter anzuzeigen.

(6) Beim Kleinschlagen von Steinen sind Schutzbrillen zu benutzen. Beim Behauen von Metallstücken und Steinen, beim Abhauen von Nägeln, Schrauben- und Nietenköpfen sowie beim Heraus schlagen von Nieten ist darauf zu achten, daß niemand von den abfliegenden Stücken getroffen werden kann; erforderlichenfalls sind Schutzwände aufzustellen.

(7) Leitern sind durch Festbinden oder in anderer Weise gegen Abrutschen zu sichern; es ist darauf zu achten, daß sie nicht in die Umgrenzung des lichten Raumes eines Gleises ragen.

Anlage 1.

Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen.

K. Staatsministerium des Innern.

Auf Grund des Art. 101 des Polizeistrafgesetzbuchs für das Königreich Bayern vom 26. Dezember 1871 in der durch Gesetz vom 22. Juni 1900 (Gesetz und Verordnungsblatt S. 484) geänderten Fassung, dann des § 120e Abs. II der Reichsgewerbeordnung und des § 45 der K. Allerhöchsten Verordnung vom 29. März 1892, den Vollzug der Reichsgewerbeordnung betreffend (Gesetz und Verordnungsblatt S. 75), ferner der §§ 113 bis 117 des Gewerbe- und § 40 des Bau-Unfallversicherungs-gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 1900 (M.-B.-Bl. Nr. 29) erläßt das K. Staatsministerium des Innern die nachstehenden oberpolizeilichen Vorschriften.

§ 1.

Alle bei der Herstellung von Gerüsten und anderen provisorischen Bauvorrichtungen zur Verwendung kommenden Materialien, Geräte und Maschinen müssen sich stets in gutem, vollkommen gebrauchsfähigen Zustande befinden.

§ 2.

I. Alle Gerüste, sowohl die stehenden wie die hängenden und die auf sogenannten Ausmengen für Legern aufgeführten, müssen den sachmännischen Grundregeln und dem jeweiligen Zwecke entsprechend in genügender Festigkeit hergestellt und unterhalten werden.

II. Ungleichmäßige und übermäßige Belastung der Gerüste ist verboten.

III. Eigenmächtige Änderungen an den Gerüsten, insbesondere das Herausnehmen von Klammern und Hölzern, das Entfernen von Schuttbrettern und Dielen, sind den Arbeitern zu verbieten.

IV. Zu Arbeiten auf Gerüsten dürfen Personen, welche als Epileptiker oder als mit Schwindel behaftet bekannt sind, ferner Taubstumme nicht verwendet werden.

§ 3.

I. Die Gerüstständer müssen in die Erde eingegraben oder auf Holzunterlagen (Schwellen) sicher und unverrückbar befestigt werden.

§ 4.

I. Die Gerüste sind mit den nötigen Streichstangen zu versehen, die entsprechend befestigt und bei stärkerer Belastung noch durch untergenagelte Anzagen, Eisenklammern, Stief-

hölzer oder ähnliche Stützmittel unterstützt werden müssen.

II. Zur Verhütung von Längen- und Seitenverschiebungen der Gerüste müssen genügende starke Verschiebungen (Diagonalverschiebungen) angebracht werden; insbesondere sind die Gerüstleitern bei verhältnismäßig weit voneinander liegenden Gerüstgeschossen fest, nötigenfalls kreuzweise abzustützen.

§ 5.

I. Die zum Gerüstbelag verwendeten Bretter müssen eine ihrer Belastung entsprechende Stärke haben, dicht aneinander und so gelegt werden, daß das Aufschrauben oder Ausweichen derselben ausgeschlossen ist.

II. Gerüstgeschosse, auf welchen gearbeitet wird, oder welche von Arbeitern begangen werden müssen, sind mit Bretterbelag und da, wo sie von den Wänden abstecken, innen und außen mit gehörig befestigten Brüstwehren und Bordbrettern zu versehen. Ebenso ist das Gerüstgeschloß, über welchem gearbeitet wird, dicht abzudecken und mit Bordbrettern zu umgeben. Die Bordbretter müssen an den Bretterbelag dicht anschließen.

III. Leitengerüste für Malerarbeiten bedürfen in den einzelnen Geschossen auf der Innenseite keiner Bordbretter und Brüstwehren,

wenn der Bretterbelag nicht mehr als 30 cm von der Mauer absteht und wenn außerdem in der Höhe des untersten Geschosses eine breite Schutzvorrichtung das Herabfallen von Gegenständen auf den Erdboden verhindert.

IV. Lauftreppen sind mit einem festen Geländer zu versehen und in einer solchen Breite anzulegen, daß sie das Ausweichen zweier Personen gestatten.

V. Aus den Gerüstbrettern, Gerüstlatten und sonstigen zur Verwendung gelangenden Holzteilen sind vorstehende Nägel zu entfernen.

§ 6.

An allen Patentgerüsten ist eine gut begehbare Steigleiter anzubringen. Der Gerüstbelag muß mindestens 50 cm breit sein.

§ 7.

Die Verwendung von Hängekörben und Hängegerüsten ist nur mit besonderer baupolizeilicher Genehmigung und nur für solche Temperaturen zulässig, zu deren Ausführung ein größerer Materialaufwand nicht notwendig ist. Diese Gerüste müssen vor der Verwendung auf ihre Tragfähigkeit geprüft und gegen Absturz genügend versichert werden.

§ 8.

I. Bei allen Arbeiten, bei denen eine erhebliche Gefahr des Absturzes von Personen oder

Gerüstbelag, Bordbretter, Brüstwehren, Lauftreppen.

Hängegerüste.

Besondere Schutzgerüste.

des Herunterfallens von Bauteilen und Werkzeu- gen besteht, sind besondere Schutzgerüste anzubringen.

II. Sind letztere lediglich zum Schutze der unterhalb arbeitenden Personen, nicht auch für den Verkehr von Personen bestimmt, so sollen sie so hergestellt werden, daß sie nicht ohne weiteres betreten werden können.

§ 9.

Zur Ausführung von Arbeiten an steilen Dächern und an anderen gefährlichen Gebäude- stellen sind, sofern hiezu nicht genügend sichere Schutzgerüste hergestellt sind, Sicherheitsgürtel und starke Leinen vorrätig zu halten. Die Arbeiter sind zum Gebrauch derselben anzuhalten.

§ 10.

Das Überhandmauern nach außen ist nur bei der Erbauung von Dampfschornsteinen und sonst nur da gestattet, wo es nicht möglich ist, ein Gerüst aufzustellen. In diesen Fällen ist für die Sicherung der Arbeiter anderweitig Sorge zu tragen.

§ 11.

I. Alle bei Arbeiten an Gebäuden ver- wendeten Leitern müssen den Austritt entsprechend überragen und, auch wenn sie nur zu Maler-,

Gläncher- oder ähnlichen Arbeiten dienen sollen, so befestigt werden, daß sie weder unten ab- rutschen noch oben überschlagen oder ausweichen können.

II. Die Sprossen müssen in denselben gut befestigt sein und dürfen nicht durch aufgenagelte Holzstücke ersetzt werden.

III. Der Transport von Lasten auf Leitern ist verboten.

IV. Leitern dürfen nicht als Laufgänge oder als Gerüstgeschosse verwendet werden.

§ 12.

Während des Aufbringens (Aufziehens) der Balken oder anderen Baumaterials, während des Verlegens der Tramhölzer und Aufstellens des Dachstuhles hat, wenn nicht genügende Vor- sehung zur Sicherheit getroffen ist, jede Be- schäftigung unter den Arbeitsstellen zu ruhen.

§ 13.

I. Die Material-Aufzüge sind so zu ver- sichern, daß Unfälle ausgeschlossen werden. Sie müssen vollständig eingeschalt und, wenn im Innern von Bauten befindlich, von Stockwerk zu Stockwerk abgebolzt werden. Die Getriebe dieser Aufzüge sind mit Doppelhasen und mit Sperrvorrichtungen zu versehen.

II. Bei Bauaufzügen mit Maschinenbetrieb sind außerdem folgende Vorkehrungen zu treffen:

1. Die Ein- und Auslade-Effnungen sind gegen unbefugtes Hineintreten und gegen ein Herausfallen der Ladung entsprechend zu sichern.
2. An den Ladestellen ist eine Tafel anzubringen, welche die größte zulässige Belastung angibt und bei den zur Förderung von Personen nicht bestimmten Aufzügen die Aufschrift trägt: „Mitfahren von Personen verboten“.
3. Werden die Fördergefäße zum Zwecke des Beladens und Entladens betreten, so müssen sie an den Ladestellen selbstständig derart feststellbar sein, daß der Aufzug von einer anderen Stelle aus nicht in Bewegung gesetzt werden kann.
4. Ist der Aufzug zur Förderung von Personen bestimmt, so muß das Fördergefäß auf Manneshöhe ringförmig Wände, eine Decke und ausreichende Fangvorrichtung besitzen und es darf eine Fahrgeschwindigkeit von 1,5 m in der Sekunde nicht überschritten werden.
5. Alle Triebwerksteile, die Seile und Ketten müssen für die Gesamtförderlast fünffache Sicherheit darbieten und stets in bestem Zustand erhalten werden. Das Aufstellen und Bedienen der Aufzüge darf nur durch Personen erfolgen, die mit allen Vorrichtungen vollkommen vertraut sind.

§ 14.

Alle Teile der Gerüste, das zu denselben verwendete Bindzeug, dann die Aufzugsvorrichtungen mit ihrem Tauwerk und sonstigen Zubehörmüssen in entsprechenden Zwischenräumen sorgfältig untersucht werden.

§ 15.

I. Es ist Sorge zu tragen, daß bei dem Abbruch der Gerüste und bei dem Entfernen von Absteifungen ein unnützes Verweilen von Arbeitern unter denselben nicht stattfindet.

II. Die zur Herstellung von Betondecken, Gewölben und Bogen angebrachten Gerüste dürfen erst dann entfernt werden, wenn die hergestellten Bauteile genügend erhärtet sind und die Aufnahme des entstehenden Seitendruckes durch genügend feste Widerlager gesichert ist.

§ 16.

I. Der Abbruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen darf nur unter sachverständiger Leitung und Aufsicht erfolgen. Hierbei sind ausreichende Vorichtsmaßregeln zum Schutze der Personen gegen herabfallende Gegenstände zu treffen. Ein Umwerfen ganzer Wände oder sonstiger Gebäudeteile ist nur bei besonderen Verhältnissen gestattet. Sprengungen dürfen nur mit Erlaubnis der Distriktpolizeibehörde vorgenommen werden.

II. Für die entsprechende Absteifung von Bauwerken, welche durch den Abbruch anstoßender Bauteile ihre Stütze verlieren, ist Sorge zu tragen.

III. Aus Abbruchholz vorstehende Nägel sind zu entfernen oder umzuschlagen.

IV. Bauschutt ist beim Aufschütten und Aufladen zur Vermeidung des Staubens ausreichend zu begießen.

§ 17.

I. Baugruben und Gräben müssen eine der Standfestigkeit des Materials entsprechende Böschung erhalten oder gut abgesteift werden.

II. Neben vorhandenen Bauwerken ist der Aushub der Baugruben und die Herstellung der Fundamente mit besonderer Vorsicht und nur nach Vornahme der nötigen Absteifungen auszuführen. Das Gleiche gilt für das Unterfangen bereits bestehender Fundamentmauern.

III. Zur Herstellung und Zurückbauung von Ausfachungen jeder Art dürfen nur fachmännisch ausgebildete Arbeiter verwendet werden.

§ 18.

I. Alle Öffnungen in den Balken-(Träger-)lagen und Gewölbedecken, insbesondere solche für Treppen, Lichtschächte und Aufzüge, ferner Baugruben und andere beim Betrieb der Bau-

Abbruch
und Ueber-
deckung der
Lichtsch-
ächte.

arbeiter in Betracht kommende Vertiefungen der Baustelle sind mit hinreichend festem Brüstgelande einzufriedigen oder mit Brettern fest zu überdecken.

II. Alle Balken-(Träger-)lagen, auf oder über welchen gearbeitet wird, müssen in genügender Breite mit Brettern abgedeckt und gegen Öffnungen durch feste Brüstgelande abgeschlossen werden.

III. Öffnungen, unter welchen ein Personenverkehr stattfindet, sind mit entsprechend hohen Bordbrettern zu versehen, um das Herabfallen von Gegenständen zu verhindern.

IV. Tür- und Fensteröffnungen, welche zu nicht gedeckten Räumen oder ins Freie führen und für den Personenverkehr Gefahr bieten, sind entsprechend abzuschließen.

§ 19.

Bei Statteis und Frostwetter müssen die Gerüstbretter, Treppen und Laufbahnen ausreichend mit Sand bestreut werden. Das Gleiche muß an den oberen Mauerflächen beim Aufbringen von Balkenlagen, Eisenstählen und dergleichen geschehen.

Sand-
streuen.

§ 20.

Nach Eintritt der Dunkelheit ist den Arbeitern das Betreten nicht genügend erleuchteter Baustellen.

Abbruch
nicht ge-
nügend er-
leuchteter
Baustellen.
§ 20

Kobhanten und das Verweilen in denselben zu untersagen. Auch ist der Zutritt soweit thunlich durch Abschießen der Zugänge zu verhindern.

§ 21.

Vorsichtsmaßregeln beim Einsteigen in Schächte.
I. Vor dem Einsteigen oder Einsteigen in Brunnenröhren, Abortgruben und Kanäle ist festzustellen, ob in denselben keine das Leben oder die Gesundheit gefährdende Gase vorhanden sind; gegebenenfalls ist für die Beseitigung derselben Sorge zu tragen.

II. Der zuerst einsteigende Arbeiter ist anzusetzen.

§ 22.

Abhaltung von Zugluft.
Die im Innern von Gebäuden, insbesondere von Neubauten, beschäftigten Bauarbeiter sind, soweit es nach Art der Arbeit veranlaßt ist, während der kalten Jahreszeit durch Fenster, Türen oder andere entsprechende Vorrichtungen gegen Aufzug und sonstige schädliche Witterungseinflüsse zu schützen.

§ 23.

Kohlfener.
I. Offene Kohls- oder Kohlfener ohne Einrichtung zur vollständigen Ableitung der entstehenden Gase ins Freie dürfen in Räumen, in denen gearbeitet wird, ferner in unmittelbarer Nähe neben oder unter den Arbeitsplätzen nicht aufgestellt werden.

II. Die Räume, in denen solche Feuer brennen, sind gegen Wohn- und Arbeitsräume dicht abzuschließen; sie dürfen nicht zum Ausruhen benützt und nur im Bedarfsfalle für kurze Zeit betreten werden.

§ 24.

Unter-
kühls-
räume.
I. Bei allen Bauten, bei denen mehr als zehn Arbeiter gleichzeitig beschäftigt werden, sollen zur Genüßung während der Arbeitspausen entsprechend große, gegen die Umrisse der Witterung allseitig geschützte, genügend belüftete, lüftbare und bei kalter Witterung geheizte Unterkühlsräume mit Holzfußböden und ausreichender Sitzgelegenheit zur Verfügung gestellt werden.

II. Dieselben sind entsprechend rein zu halten und dürfen nicht als Lager- oder Aufbewahrungsräume für Baumaterialien benützt werden.

III. In diesen Unterkühlsräumen ist an geeigneter, jedem Arbeiter zugänglicher Stelle ein Verbandkasten anzubringen, in welchem Verbandzeug in hinreichender Menge und gebrauchsfähigem Zustande bereit zu halten und reinlich aufzubewahren ist.

IV. Bei Bauten der in Abf. I bezeichneten Art kann die Baupolizeibehörde erforderlichen Falles die Vereinstellung von Speisewärme-Einrichtungen für die Arbeiter fordern.

§ 25.

I. Auf jeder Baustelle ist zum Genuß geeignetes Wasser nebst den erforderlichen Trinkgefäßen bereit zu stellen.

II. Die Verabreichung von Bier und anderen geistigen Getränken auf der Baustelle während der Arbeitszeit ist zu untersagen.

III. Betrunkene Arbeiter sind das Betreten der Baustelle oder das Fortsetzen der Arbeit auf derselben nicht zu gestatten.

§ 26.

I. Bei allen Bauten sind den Arbeitern geeignete, für die Geschlechter getrennte, genügend erhellte, lüftbare, reinlich gehaltene und nach Bedarf desinfizierte Aborte in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen.

II. Die Verunreinigung der Bauten ist verboten:

§ 27.

Verantwortlich für den Vollzug obiger Vorschriften sind zunächst der mit der Bauleitung betraute Baumeister oder Bauhandwerker, welcher nach den einschlägigen Vorschriften der Bauordnung die verantwortliche Bauleitung übernommen hat, neben denselben diejenigen auf dem Bau beschäftigten Aufsichtsorgane, denen die Über-

Verantwortlichkeit.

wachung der Bauausführung von dem Bauleiter besonders übertragen ist, außerdem innerhalb ihres Geschäftskreises jene Unternehmer von Nebetrieben, welche in selbständiger Weise zur Ausführung der Bauten mit beitragen und die von diesen mit der Überwachung besonders betrauten Aufsichtsorgane.

§ 28.

Gegenwärtige Vorschriften müssen auf jeder Baustelle, wo mehr als 10 Arbeiter gleichzeitig beschäftigt werden, an einem leicht zugänglichen Orte in Plakatform sichtbar angebracht werden.

Bekanntgabe der Vorschriften.

§ 29.

Die Baupolizeibehörde kann bei dem Vorhandensein besonderer Verhältnisse, namentlich bei einfacheren Bauten auf dem Lande, von einzelnen Bestimmungen der vorstehenden Vorschriften dispensieren, soweit nicht öffentliche Interessen entgegenstehen. Die Ausfertigung ist auf der Baustelle aufzulegen.

Dispensation.

§ 30.

Die Erlassung weitergehender ortspolizeilicher Vorschriften nach Maßgabe des bestehenden Bedürfnisses bleibt vorbehalten.

Ortspolizeiliche Vorschriften.

§ 31.

Auf-
hebung der
älteren
Ver-
schriften.
Die oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze
der bei Bauten beschäftigten Personen vom
1. Januar 1901 (Gesetz- und Verordnungsblatt
S. 1) werden aufgehoben.

München, den 24. Juli 1904.

Dr. Frhr. v. Feilitzsch.

Anlage 2.

Oberpolizeiliche Vorschriften zum Schutze der bei
Tiefbauten beschäftigten Personen.

K. Staatsministerium des Königl. Hauses
und des Äußern, K. Staatsministerium des
Innern.

Auf Grund des Art. 101 des Polizeistrafgesetzbuches
für das Königreich Bayern vom 26. Dezember 1871
in der durch das Gesetz vom 22. Juni 1900 (Gesetz-
und Verordnungsblatt Seite 484) geänderten Fassung,
dann des § 120 e Abs. II der Reichsgewerbeordnung
erlassen die K. Staatsministerien des Königl. Hauses
und des Äußern und des Innern die nachstehenden
oberpolizeilichen Vorschriften.

I. Allgemeine Vorschriften.

§ 1.

Alle Arbeiten bei Tiefbauten, ins-
besondere an Gerüsten und anderen provisorischen Bauarbei-
ten im all-
gemeinen,
Bauvorrichtungen, müssen den Arbeiter entsprechend
Leben und Gesundheit der Arbeiter entsprechend
fest und sicher ausgeführt und durch hierzu be-
fähigte Personen geleitet und beaufsichtigt werden.

Die bei dem Baubetriebe sowie bei den provisorischen Material-, Gerätele- und Maschinenmagazinen, jorischen Baulagen zur Verwendung kommenden Materialien, Geräte und Maschinen müssen sich stets in gutem, vollkommen gebrauchsfähigem und zweckentprechendem Zustande befinden und in angemessenen Zwischenräumen sorgfältig untersucht werden.

၁၁၁

Arbeiten von be-
sonderer Art
oder Gefahr.

Bei Arbeiten, welche besondere Kenntnisse
sonderer Art erfordern oder mit besonderer Gefahr verbunden
sind, insbesondere bei der Aufstellung und Ab-
tragung von Rüstungen jeder Art, beim Brems-
und Seilschwinnbetrieb, bei mechanischen Anlagen,
beim Schiffsahrtsbetrieb, bei Abbruch- und Spreng-
arbeiten dürfen nur fachkundige, geübte und
zuverlässige Personen verwendet werden.

५५

Personen, von denen dem Arbeitgeber bekannt ist, daß sie an körperlichen Gebrechen leiden, dürfen nur bei Arbeiten beschäftigt werden, welche sie ohne Gefahr für sich und andere ausüben können.

ॐ

I. Durch Anlage sicherer Zugänge und durch geeignete Vorkehrungen (Treppen, Leitern, Stege usw.) ist dafür zu sorgen, daß die Arbeiter die

ihnen auf den Banketten zugewiesenen Arbeitsplätze ohne Gefahr erreichen und verlassen können.

II. Bei Dunkelheit sind während des Betriebes die Arbeitsstellen und deren Zugänge ausreichend zu beleuchten.

III. Das Betreten der Baustelle nach Schluß der Arbeit ist zu untersagen und soweit thunlich durch Abschießen der Zugänge zu verhindern.

و

Alle beim Verkehr der Arbeiter in Betracht kommenden Vertiefungen der Baustelle, wie Luken, Fundamentgruben, Schachtlöcher, Kalfgruben, sind sicher einzufriedigen oder sicher zu überdecken.

20

I. Zur Ausführung von Arbeiten an be-
sonders ausgefahrenen Stellen müssen, sofern
dies zur Ausführung der Arbeiten erforderlich ist,
geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden.
Die Arbeiter sind zum Gebrauch der
Schutzmittel verpflichtet.

II. Bei allen mit der Gefahr des Ertrinkens verbundenen Arbeiten nützt und auf dem Wasser sind Rettungsvorrichtungen (Rähne, Seile, Neten, Rettungsringe oder -Bälle u. dgl.) an geeigneter Stelle bereit zu halten.

§ 8.

Schuh-
brillen. Bei Arbeiten, welche die Gefahr der Augen-
beschädigung durch Steinplitter, Funken u. dgl.
mit sich bringen, sind Schutzbrillen bereit zu
halten; die Arbeiter sind zum Gebrauche der-
selben anzuhalten.

§ 9.

Sand-
streuen. Bei Glätteis und Frostwetter müssen die
Gerüstbretter, Treppen und Bauplanken sowie die
dem Verkehr dienenden Wege und Steige inner-
halb der Baustelle ausreichend mit Sand oder dgl.
bestreut werden.

§ 10.

Trink-
gelegenheit. I. Auf jeder Baustelle ist zum Genuß ge-
eignetes Wasser nebst den erforderlichen Trink-
gefäßen bereit zu halten.

II. Die Verabreichung von Bier und
anderen geistigen Getränken auf der Baustelle
während der Arbeitszeit ist zu untersagen.

III. Betrunkenen Arbeitern ist das Betreten
der Baustelle oder das Fortsetzen der Arbeit auf
derselben nicht zu gestatten.

§ 11.

Aborte. Bei allen Bauten sind den Arbeitern ge-
eignete, für die Geschlechter getrennte, genügend
erhellte, lüftbare, reinlich gehaltene und nach

Bedarf desinfizierte Aborte in ausreichender Zahl
zur Verfügung zu stellen.

§ 12.

Unter-
kammer-
räume. I. Bei länger dauernden Betrieben an
gleichen oder benachbarten Stellen, bei denen
mehr als zehn Arbeiter gleichzeitig beschäftigt
werden, sollen zur Ventilation während der Arbeits-
pausen entsprechend große, gegen die Umrisen
der Witterung allseitig geschützte, genügend be-
lüftete, lüftbare und bei kalter Witterung geheizte
Unterfunksräume mit Holzfußböden und aus-
reichender Sitzgelegenheit zur Verfügung gestellt
werden.

II. Die Unterfunksräume sind entsprechend
rein zu halten und dürfen nicht als Lager-
oder Aufbewahrungsräume für Baumaterialien
benützt werden.

III. In denselben ist an geeigneter, jedem
Arbeiter zugänglicher Stelle ein Verbandkasten
anzubringen, in welchem Verbandzeug in hin-
reichender Menge und in gebrauchsfähigem Zu-
stande bereit zu halten und reinlich aufzube-
wahren ist. Eine Anleitung über die erste Hilfe-
leistung bei Unglücksfällen ist an leicht zugäng-
licher Stelle in Plakatform anzubringen.

IV. Das Aufsichtspersonal soll für Aus-
übung der Nothilfe bei Unglücksfällen zuverlässig
geschult sein.

V. Bei Bauten der in Abs. I bezeichneten Art kann die Bezirkspolizeibehörde erforderlichenfalls die Bereitstellung von Speisewärdevorrichtungen fordern.

II. Gerüste, Leitern, Abbrucharbeiten u. dgl.

§ 13.

Allgemeine Bestimmungen für Gerüste.

I. Alle Gerüste müssen den sachmännischen Bestimmungen für Grundsätzen und dem jeweiligen Zwecke entsprechend in genügender Festigkeit hergestellt und unterhalten werden.

II. Ungleichmäßige und übermäßige Belastung der Gerüste ist verboten.

III. Eigenmächtige Änderungen an den Gerüsten, insbesondere das Herausnehmen von Klammern und Hölzern, das Entfernen von Schuttbrettern und Dielen, sind den Arbeitern zu verbieten.

§ 14.

Gerüstständer.

Die Gerüstständer müssen in einer der Beanspruchung entsprechenden Weise mittels Holzunterlagen (Schwellen) oder durch Eingrabung oder Einrammung sicher und unverrückbar mit dem Untergrunde verbunden werden.

§ 15.

Schutz gegen Verschleibungen der Gerüststangen.

I. Die Gerüste sind mit den nötigen Streichstangen zu versehen, die entsprechend befestigt

und bei starker Belastung noch durch untergenagelte Snaggen, Eisenklammern, Stiehbölgel oder ähnliche Hilfsmittel unterstützt werden müssen.

II. Zur Verhütung von Längen- und Seitenverschiebungen der Gerüste müssen genügend starke Diagonalverstrebungen angebracht werden.

§ 16.

Gerüstbelag, Bordbretter, Brustwehren, Lauftreppen, Stege.

I. Die zum Gerüstbelag verwendeten Hölzer müssen eine ihrer Belastung entsprechende Stärke haben, dicht aneinander und so gelegt werden, daß das Aufspringen oder Ausweichen derselben ausgeschlossen ist.

II. Gerüstgeschöße, auf welchen gearbeitet wird, oder welche von Arbeitern begangen werden müssen, sind mit Bretterbelag und da, wo sie von Wänden absehen, innen und außen mit gehörig befestigten Brustwehren und Bordbrettern zu versehen. Die Bordbretter müssen an den Bretterbelag dicht anschließen.

III. Aus den Gerüstbrettern, Gerüstklatten und sonstigen zur Verwendung gelangenden Holzteilen sind vorstehende Nägel zu entfernen.

IV. Lauftreppen und Stege sind mit festen Geländern zu versehen und in einer solchen Breite anzulegen, daß sie das Ausweichen zweier Personen gestatten.

§ 17.

Die Verwendung von Hängesicherungen und Hängebühnen ist nur mit besonderer distriktpolizeilicher Genehmigung und nur für solche Bauvorhaben zulässig, zu deren Ausführung ein größerer Materialaufwand nicht notwendig ist. Diese Gerüste müssen vor der Verwendung auf ihre Tragfähigkeit geprüft und gegen Abbruch genügend versichert werden.

§ 18.

I. Bei allen Arbeiten, bei denen eine erhebliche Gefahr des Absturzes von Personen oder des Herunterfallens von Bauteilen und Werkzeugen besteht, sind besondere Schutzgerüste anzubringen.

II. Sind letztere lediglich zum Schutze der unterhalb arbeitenden Personen, nicht auch für den Verkehr von Personen bestimmt, so sollen sie so hergestellt werden, daß sie nicht ohne weiteres betreten werden können.

§ 19.

I. Leitern müssen den Austritt entsprechend überragen und so befestigt werden, daß sie weder unten abrutschen, nach oben überschlagen oder ausweichen können.

II. Die Sprossen müssen in denselben gut befestigt sein und dürfen nicht durch aufgenagelte Holzstücke ersetzt werden.

III. Der Transport von Leitern auf Leitern ist verboten.

IV. Leitern dürfen nicht als Laufgänge oder als Gerüstgeschosse verwendet werden.

§ 20.

I. Während des Aufstellens der Gerüste und des Aufbringens (Aufziehens) der Gerüststützen oder anderer Baumaterialien hat, wenn nicht genügend Vorsehrung zur Sicherheit getroffen ist, jede andere Beschäftigung an den betreffenden Stellen zu ruhen.

II. Desgleichen ist Sorge zu tragen, daß bei dem Abbruch der Gerüste und bei dem Entfernen von Absteifungen ein unnützes Verweilen von Arbeitern unter denselben nicht stattfindet.

§ 21.

I. Bei Abbrucharbeiten sind ausreichende Vorichtsmaßregeln zum Schutze der Personen gegen herabfallende Gegenstände zu treffen. Ein Umwerfen ganzer Wände oder sonstiger Bauteile ist nur bei besonderen Verhältnissen gestattet. Sprengungen dürfen nur mit Erlaubnis der Distriktpolizeibehörde vorgenommen werden.

II. Für die entsprechende Absteifung von Bauwerken, welche durch den Abbruch anstoßender Bauteile ihre Stütze verlieren, ist Sorge zu tragen.

III. Aus Abbruchholz vorstehende Nägel sind zu entfernen oder umzuschlagen.

IV. Bauschutt ist beim Aufschütten und Aufladen zur Vermeidung des Staubens ausreichend zu begießen.

III. Erdarbeiten.

§ 22.

I. Es darf nur an Erdb- und Felswänden gearbeitet werden, deren Neigung der Standfähigkeit des Materials entspricht. Wo dies nicht der Fall und eine entsprechende Abstüchlung nicht möglich ist, sind die Wände durch Sicherheit gewährende Absteifungen zu stützen.

II. Dies gilt auch für Baugruben und Gräben jeder Art, die nötigenfalls regelrecht auszufallen und stets am oberen Rande mit Vordbrettieren zu versehen sind.

III. Das Arbeiten an überhängenden Wänden ist verboten, desgleichen das Unterschneiden der Wände und das Lotrechte Abarbeiten über Brüsthöhe.

§ 23.

I. Wird eine steile Erdb- oder Felswand durch Absteifen, Sprengen oder in anderer Weise gelöst, so muß im Bereiche der Gefahr während dieser Verrichtung und solange die Absturzfläche nicht von losen, absturzdrohenden Teilen gereinigt ist, die regelmäßige Arbeit ausgesetzt bleiben.

II. Außerdem sind solche Wände vor dem Arbeitsbeginn, namentlich bei Regen, Frost

oder Tauwetter, auf das Vorhandensein von einsturzdrohenden Teilen zu prüfen und nötigenfalls zu sichern.

§ 24.

I. Neben vorhandenen Bauwerken ist der Aushub der Baugruben, die Lagerung des Aushubmaterials und die Herstellung der Fundamente mit besonderer Vorsicht und nur nach Vornahme der nötigen Absteifungen, veranlaßten Falles Stützwerte, auszuführen. Das Gleiche gilt für das Unterfangen bereits bestehender Fundamentmauern.

II. Nach Regengüssen sind die Sicherungen auf ihre Haltbarkeit besonders zu prüfen.

§ 25.

Beim Aufschütten der Baugruben und Gräben dürfen die Absteifungen erst dann entfernt werden, wenn sie durch das Einfüllen entbehrlich geworden sind.

§ 26.

Brunnenschächte müssen bei Grabung in nicht festem Boden und einer Tiefe von mehr als 1,5 m ausgegalt werden. Bei der Aufmauerung darf die Verschalung stets nur soweit entfernt werden, als es durch die Aufmauerung notwendig wird.

§ 27.

I. Vor dem Einfahren und Einsteigen in Brunnenschächte, Abortgruben, Kanäle und andere

Arbeiten an Erdb- und Felswänden.

Einfüllen der Baugruben und Gräben.

Brunnenschächte.

Vorrichtung, nachgekau beim Einsteigen in Schächte.

unterirdische Hohlräume ist festzustellen, ob in denselben keine das Leben oder die Gesundheit gefährdende Gase vorhanden sind; gegebenenfalls ist für die Beseitigung derselben Sorge zu tragen.

II. Der zuerst einsteigende Arbeiter ist anzusehen.

IV. Transport.

§ 28.

Die Transportbahnen mit allem Zubehör sind stets in gutem, die Tragfähigkeit des Untergrundes und die Fahrgeschwindigkeit berücksichtigenden Zustand zu erhalten und müssen möglichsste Sicherheit gegen Ausfringen, Um- und Absinken der Wagen gewährleisten.

§ 29.

I. Die Gefälle der Transportbahnen (Lauf-
diesel, Geleise) sind so zu bemessen, daß die Transportgeräte durch die Hemmvorrichtungen (Bremsen, Fangvorrichtungen) an jeder beliebigen Stelle zum Stehen gebracht werden können.

II. Sind die Schienen infolge von Rölle oder Rölle glatt geworden, so müssen sie mit Sand und dergleichen bestreut werden.

§ 30.

I. Einzelne bewegte Wagen dürfen nur in angemessenen Abständen aufeinander folgen. Jeder derselben muß gebremst werden können.

II. Rippwagen müssen mit leicht zu handhabenden, ein selbsttätiges Klappen verhindernden Feststellvorrichtungen versehen sein.

III. Gefüllene Züge müssen mit sicheren Kuppelvorrichtungen und einer genügenden Anzahl rasch und sicher wirkender Bremsen versehen sein.

§ 31.

I. Die Überlastung der Wagen ist bei allen Bahnen verboten.

II. Die Benützung der Transportbahnen zur Beförderung der Arbeiter ist nur bei betriebsmäßigem Geleise zu gestatten.

§ 32.

I. Bei Rollbahnhängen muß zwischen dem Rollwagen und den Gefällen beiderseits genügend Raum für eine Person vorhanden sein.

II. Die Rollbahnstöße sind in ganzer Breite abzudecken.

§ 33.

I. Bremsbahnen (Bremsberge) müssen mit zuverlässig wirkender Bremse versehen sein. Die Verbindung der Transportgefälle untereinander und mit dem Förderseil oder der Förderkette muß so sicher sein, daß eine selbsttätige Lösung ausgeschlossen ist.

II. Das Betreten des Bremsberges während der Fahrt ist zu verbieten.

§ 34.

Seilbahnen. I. Wo die Wagen einer Seilbahn und der gleichen mit der Unterfante 2,50 m oder weniger vom Boden abstehen, ist der Verkehr unter der Bahn durch Geländer von mindestens 1 m Höhe sicher abzusperren.

II. Gegangene oder befahrene Wege, über welche Seilbahnen u. dgl. hinführen, müssen an den Übergängen durch Schuttdächer oder Schutzwege gesichert werden.

§ 35.

Signalvorrichtungen. Zwischen der Abgangs- und Endstation müssen bei Brems- und Seilbahnen sowie ähnlichen Anlagen zuverlässig wirkende Signalvorrichtungen, welche gegenseitige Verständigung ermöglichen, vorhanden sein.

V. Arbeiten unter Anwendung von Pressluft.

§ 36.

Altergrenze der Arbeiter, ärztliche Untersuchung. I. Zur Arbeit in verdichteter Luft dürfen nur durchaus gesunde Personen, welche das 20. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr nicht überschritten haben, zugelassen werden.

II. Die Arbeiter müssen vor der erstmaligen Verwendung im Betriebe ärztlich untersucht und gehörig unterwiesen werden. Die Untersuchung ist in angemessenen Zwischenräumen und nach

jeder vorausgegangenen Gesundheitsstörung zu wiederholen. Die Verwendung oder Wiederwendung der Arbeiter darf nur auf Grund ärztlicher Bescheinigung über deren Tauglichkeit erfolgen. Bei Arbeiten unter einem Überdruck von mehr als $1\frac{1}{2}$ Atmosphären muß für den Bedarfsfall rasche ärztliche Hilfeleistung bereit gestellt sein.

§ 37.

I. Die Arbeitsschichten sind nach Maßgabe der Zunahme des Überdruckes entsprechend abzufürzen.

II. Das Ein- und Aussteigen ist langsam unter allmählicher Ausgleichung des Luftdruckes auszuführen. Beim Aussteigen muß für je $\frac{1}{10}$ Atmosphären Druckminderung bei einem Überdruck bis zu $1\frac{1}{2}$ Atmosphären ein Zeitraum von mindestens einer Minute, bei einem Überdruck von mehr als $1\frac{1}{2}$ Atmosphären ein Zeitraum von mindestens zwei Minuten verwendet werden.

III. Bei jeder Schosse muß ein gut funktionierender Manometer und Kontrollmanometer vorhanden sein.

§ 38.

Die unter Pressluft arbeitenden Personen Signalvorrichtungen. müssen durch Signalvorrichtungen in den Stand gesetzt werden, sich jederzeit mit den oberirdischen Betriebsstätten in Verbindung zu setzen.

Arbeits-schichten, Ein- und Aussteigen.

Altergrenze der Arbeiter, ärztliche Untersuchung.

§ 39.

- Schleusenräume.** I. Der zum Ein- und Aus-schleusen benötigte Raum muß eine solche Größe haben, daß auf jede der gleichzeitig durchzuschleusenden Personen mindestens 0,75 cbm Raum entfällt und der Gesamtinhalt desselben mindestens 2,5 cbm umfaßt.
- II. Wird mit einem Überdruck von mehr als $1\frac{1}{2}$ Atmosphären gearbeitet, so muß eine entsprechend eingerichtete Sanitätschleuse mit Vorhammer und Ruhebett, Telefon und elektrischer Belüftungsvorrichtung vorhanden sein.
- III. Die verbrauchte Luft ist stets rechtzeitig zu erneuern.

§ 40.

Schutz der Schleusen gegen Sonnenwärme. Die Schleusen sind im Sommer vor der unmittelbaren Einwirkung der Sonne mit Matten oder Stroh zu schützen und durch Begießen mit Wasser zu kühlen.

§ 41.

Befestigung der Materialien. Alle Materialien und Werkzeuge müssen mittels der Förderkabel in den Caisson verbracht werden. Das Hinunterwerfen durch den Einsteig- oder Förderseil ist zu verbieten.

§ 42.

Wasser- und Luftdruckproben. Die Schleusen und Schachtrohre sind vor jeder erstmaligen Subtrienahme, ferner nach jeder länger als 12 Monate dauernden Unter-

brechung des Gebrauches mit Wasser- oder Luftdruck zu proben. Letzterer muß das Doppelte des Luftdruckes betragen, mit dem die Schleuse arbeiten soll, beziehungsweise bei der ersten Probe einer neuen Schleuse das Doppelte desjenigen Druckes, für welchen sie berechnet wurde.

VI. Baumaßnahmen.

§ 43.

I. Bei allen maschinellen Einrichtungen sind Einrichtungs-, Schutzvorrichtungen, soweit es der Betrieb zuläßt, einzufriedigen oder mit Schutzvorrichtungen zu versehen.

II. Besonders gefahrbringende Teile sind durch Warnungstafeln u. dgl. kenntlich zu machen oder abzuschließen.

§ 44.

I. Die bei Motoren und Transmissionen beschäftigten Arbeiter sind anzuhalten, anschließende Kleidung zu tragen.

II. Personen unter 16 Jahren sind von der Bedienung und Beaufsichtigung von Motoren und Transmissionen auszuschließen.

§ 45.

I. Hebezeuge aller Art sind mit der Angabe der über die größte zulässige Belastung zu versehen;

dieselben dürfen niemals über letztere hinaus beansprucht werden. Alle Triebwerksteile, die Seile und Ketten müssen für die Gesamtförderlast mindestens fünffache Sicherheit bieten.

II. Das Anhängen der zu hebenden Gegenstände hat in sicherer Weise zu erfolgen.

III. Die Beförderung von Personen mittels Hebewerken, die nur für Lastentransport bestimmt sind, ist verboten.

§ 46.

Unter den in einem Hebezeug hängenden Lasten darf niemand Stellung nehmen oder Arbeit verrichten; ist dies unumgänglich nötig, so ist die Last vorher abzufangen.

§ 47.

Hebezeuge mit Kurbelantrieb müssen mit Sicherheitskurbeln und mit einer wirksamen Sperrevorrichtung versehen sein, soferne sie nicht selbstsperrend sind. Soll das Hinablassen der Last durch das Eigengewicht geschehen, so muß eine zuverlässige Bremse vorhanden sein.

VII. Schlussbestimmungen.

§ 48.

Nutzer=
pflicht.
Bauten: I. Über den Beginn und die voraussichtliche Dauer umfangreicher Tiefbauten, bei welchen mehr als zehn Arbeiter gleichzeitig beschäftigt

werden, hat der Unternehmer der Distriktpolizeibehörde Anzeige zu erstatten. Zugleich ist die mit der Bauleitung betraute Person namhaft zu machen, welche die Verantwortung durch unterschriftliche Erklärung zu übernehmen hat.

II. Auf regelmäßig wiederkehrende Tiefbauarbeiten, wie Bach-, Graben-, Kanalräumungen, Frühjahr- und Herbstwegreparaturen u. dgl. findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 49.

I. Die Distriktpolizeibehörde kann die als ^{Liefer-}Polizeibehörde bestellte Person beauftragen, wenn ^{Wachung} diese die für eine sichere Ausführung erforderliche ^{der Bauten.} Verlässigkeit nicht besitzt. Bis zur Behebung des Anstandes kann die Inangriffnahme oder Fortsetzung der Bauarbeiten untersagt werden.

II. Die Distriktpolizeibehörde kann erforderlichenfalls Nachschau bei den Bauten durch geeignete Sachverständige anordnen. Die Kosten dieser Kontrolle hat der Unternehmer zu tragen.

§ 50.

Verantwortlich für den Vollzug gegen-^{Verantwort-}wärtiger Vorschriften sind zunächst der Unter-^{lichkeit.}nehmer oder die von diesem mit der Bauleitung betraute Person, ferner diejenigen bei dem Bau beschäftigten Aufsichtsorgane, denen die über-

wachung der Bauausführung von dem Bauleiter besonders übertragen ist, außerdem innerhalb ihres Geschäftskreises jene Unternehmer von Nebenbetrieben, welche in selbständiger Weise zur Ausführung der Bauten mit beitragen und die von diesen mit der Überwachung besonders betrauten Aufsichtsorgane.

§ 51.

Die Vorschriften müssen auf jeder Baustelle, wo regelmäßig mehr als 10 Arbeiter beschäftigt werden, an einem leicht zugänglichen Orte in Plakatform sichtbar angebracht oder den einzelnen Arbeitern übergeben werden.

§ 52.

Die Distriktpolizeibehörde kann unter besonderen Verhältnissen, namentlich bei einfacheren Bauten, von einzelnen Bestimmungen der vorstehenden Vorschriften entbinden, soweit nicht öffentliche Interessen entgegenstehen.

§ 53.

Für die Ausführungen der Zivilisten und des Staatsärzts gelten an Stelle der Zuständigkeitsbestimmungen in den §§ 12, 17, 21, 48, 49 und 52 die jeweils bestehenden besonderen Vorschriften.

§ 54.

Die Erlassung weitergehender ortspolizeilicher Vorschriften nach Maßgabe des bestehenden Bedürfnisses bleibt vorbehalten.

§ 55.

Gegenwärtige Vorschriften finden keine Anwendung auf die der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Tiefbauten.

München, den 4. September 1905.

Dr. Graf v. Frilich.

3. B.:

Staatsrat v. Heyer.